

roßen angehört als Ludendorff und noch unter Wilhelm I. zwei Jahre alte Offizier gewesen ist, der lebhaft aussieht wie ein roher de brüder, und nur die Vorzüge des Preußentums zu verhindern scheint — die schlichte Sachlichkeit, die einfach würdig Haltung — und der nie etwas anderes sein wollte als Soldat, sich nicht mehr hätte in die Formen einer neuen Denkungsweise bequemen können, wonach der Soldat nicht allein seinem Kriegsberuf, sondern auch dem politischen Leben des Reiches und damit lediglich dem Parlament verantwortlich sein soll. Aber er ist ein altpreußisches Pflichtgefühl in seiner Stellung geblieben. Dieser Mann ist menschlich zu groß, als daß er oder irgend jemand sonst auf den Gedanken kommen könnte, jene allgemeine Verfassungsänderung könnte ihm zu nahe treten oder seinem Ansehen etwas nehmen. Der Generalsfeldmarschall weiß, daß die neue Ordnung kein Missbrauchsvolumen gegen die rein militärische Führung des Krieges und keine Annahme kriegerischer Einmischung in militärische Fragen bedenkt, sondern daß die politische Rolle des Heeres im Inneren Staatsleben und die Mitwirkung der Heerführung bei der Leitung der Politik in Krieg und Frieden geregt werden soll. Er hat seinem Volke durch sein Bleiben einen seiner größten Dienste geleistet: Der Feind sieht, daß das deutsche Heer nicht kapituliert geworden ist, und der Deutsche braucht keine Sorge zu haben. Da Hindenburg an der Spitze des Heeres steht, wird jeder Deutsche dem kommenden Waffenstillstand und Frieden mit Vertrauen entgegensehen. Es ist dem Reichskanzler zu danken, daß es ihm — wie wir hören, durch sein persönliches Eingreifen — gelungen ist, diese ganze Sache in zu ordnen.

Erich Ludendorff wurde am 9. April 1865 auf dem Gute Rennau bei Schwedt in der Provinz Posen geboren, wo sein Vater, früher Husaren-Offizier, tätig war. Im Jahre 1877 kam er in die Kadettenschule Potsdam, zwei Jahre später nach Groß-Lichterfelde. In die Armee trat er 1882 als Leutnant im Inf.-Regt. 57 in Wetzlar ein; 1890—92 besuchte er die Kriegsschule und unternahm später längere Studienreisen nach Russland. Bis zu seiner Ernennung zum Regimentskommandeur im Jahre 1913 wurde er dauernd im Generalstab verwendet. Als der Krieg ausbrach war er zunächst Oberquartiermeister einer Armee, die im Westen vorging. Er war bei dem Kampf um Lüttich zugegen und war einer der Generale, die an der Spitze ihrer Truppen Lüttich eroberten. Am 22. August 1914 wurde er als Chef des Stabes an die Seite Hindenburgs gerufen und ging mit diesem an die große Aufgabe, Ostpreußen zu schützen. Im November 1914 wurde er zum Generalstabschef befördert, nachdem er schon Anfang September nach dem Schluß bei Tannenberg den Orden Pour le mérite erhalten hatte.

Zu noch gründlicheren Aufgaben wurde Ludendorff berufen, als sein Chef, der Feldmarschall v. Hindenburg, am 29. August 1916 als Nachfolger des Generals v. Gallenbach Chef des Generalstabes des Heeres wurde. Unter Förderung zum General der Infanterie wurde Ludendorff Erster Generalquartiermeister, eine eigens für ihn geschaffene Stellung, die es ihm ermöglichte, nach wie vor des Generalstabschefs und nächster Berater auch in operativen Fragen zu bleiben. Der Generalquartiermeister alter Art hat bekanntlich mit operativen Fragen nichts zu tun. General Ludendorff hat so im Alter von 51 Jahren eine Stellung erreicht, die sonst nur Fürstlichen Personen im gleichen Alter gällt. In wenig mehr als fünf Jahren rückte er vom Oberstleutnant zum General der Infanterie auf. Nach dem Scheitern der scheinlichen Friedenshoffnungen 1917 im Westen wurde der General in Anerkennung seiner Leistungen in die Reihe des Füllier-Regiments Nr. 30 gestellt, dessen Kommandeur er später geworden war.

Seit 1909 ist der General mit Margaretha Pernels verheiratet, die ihm aus erster Ehe vier Kinder mitbrachte. Drei Söhne sind überlebt.

Politische Nachrichten

* Kronprinz Rudolph Beck. Die Korrespondenz Hoffmann seit 1914: Die 126 feindlich geführte Presse des Luxemburgs klagt an die Verlobung des Kronprinzen mit der Prinzessin Antonia von Luxemburg, der kleinen Schwester der regierenden Großherzogin von Luxemburg. Es gibt keinen einzigen politischen Faktor in dieser Verbindung. Sie kommt so, wie Verhältnisse darzustellen, als ob hierdurch ein engerer Anschluß des Großherzogtums Luxemburg an das Deutsche Reich herbeigeführt würde, und spricht von sonstigen Wirkungen, die den Wünschen des luxemburgischen Volks zuwidersetzen. Insbesondere weist sie auf die Möglichkeit einer künftigen Ehrenerhebung in Luxemburg durch die Prinzessin Antonia hin. Alle diese Erörterungen sind in jeder Beziehung völlig ungemeinlich, nicht nur, weil bei der Verlobung des Kronprinzen politische Motive überhaupt nicht mitgespielt haben, sondern vor allem deshalb, weil die Prinzessin nach den Gesetzen ihres Hauses für sich und ihre Nachkommen auf die Rechte an den luxemburgischen Thron verzichtet wird, im Vertrag, der nicht nur in einer besondern Urkunde abgeschlossen, sondern auch in dem abschließenden Heiratsvertrag erwähnt werden wird, und der Kronprinz mit unterschrieben wird.

* Eine beachtenswerthe englische Anweisung an die Truppen. Eine von den Deutschen erwartete Namensgebung der britischen Heeresleitung, wie sie der in Gefangenschaft geratene englische Soldat befehlt werden soll, lautet folgendermaßen: "Möglichstwerthe werden Gefangene behandelt werden, um sie zu Auslagen zu bringen. Aber es wird hiermit auf das bestimmteste erklärt, daß kein einziger Fall bekannt ist, wo eine solche Abordnung schlechter Behandlung wegen Verweigerung der Auslage tatsächlich ausgeführt worden ist. In Wirklichkeit besteht ein ungefundener deutlicher Befehl, daß der Feind die Schwäche militärische Geheimnisse verrät, verachtet." Im Einklang mit englischen Zeitungsberichten, die sich gegenwärtig an hoarstäubenden Gefechten über deutsche Gefangen behaupten zu überzeugen suchen, steht dieser Befehl der englischen Obersten Heeresleitung gerade nicht.

Kunst und Wissenschaft

Gestern vollständiges Konzert. Als ein bedeutsamer erfreulicher Fortschritt ist es zu betrachten, daß in jedem der auf Veranlassung eines Komitees vom Schachdeck-Streichquartett veranstalteten vollständigen Konzerte ein besonderer Hauptgedanke zur Durchführung gebracht werden soll, die Programme also weit mehr denn früher sich durch künstlerisch einheitliche Gepräge auszeichnen werden. In dem gestrigen ersten Konzerte, das der bis auf den letzten Platz gefüllten Alberthalle abgehalten ward, kamen ausschließlich alte deutsche und italienische Meister, wenn auch nicht in streng historischer Auffeinanderfolge, zu Worte. Die Reihe der Vorführungen ward mit der Triphonale in C-Moll von Johann Stanz, einem der Hauptvertreter der berühmten Mannheimer Schule, eröffnet, dem im weiteren Verlauf des Konzertes, gleichfalls mit einer Triphonale, Philipp Emanuel Bach und zum Abschluß des Canzon Luigi Boccherini mit seinem C-Dur-Ouvertüre folgte. Infolge festgeflossenen und klangvollen, in den langsamem Schen befeindet gesanglich-ausdrucksvoollen Zusammenspiels und fortwährender Behandlung aller voneinander verschiedenen dynamischen Zellen erwarb sich die Herren Schachdeck und Vaňák (Violinen), Miller (Viola), Weiße (Violoncello) und der stark beschäftigte Herr May Wünsche (Klarinetten und 2. Violoncello) für die folgende wahrhafte Wiedergabe den herzlichen Dank aller Zuhörer. Dagmills junges Fräulein Charlotte Müller, die für das plötzlich erkrankte Fräulein Weinschenk in liebenswürdig dankbarer Weise einsprang, soñne daß dadurch eine Programmänderung sich nicht machte, drei Niederrheinische Meister. Hier wie insbesondere bei dem Vortrag der gefangentechnisch schwierigen Arie aus der Solokantate „Judas“ von Sebastian Bach sind die gefeierte Klangfarbe reichlich Gelegenheit, ihre feinste, sehr komplizierte berührende Sopranstimme zu voller Geltung zu bringen und durch Wärme des Vortrages den fehlenden Gehalt der Gesänge zu eindrücklicher Wirkung zu bringen. Curt Hennemann.

Hochschulnachrichten. Im Alter von 40 Jahren verschied Dr. med. Walter Graes, ein Professor für innere Medizin an der Universität Bonn. — Der Professor am anatomischen Institut der

Dresden, 27. Oktober. (Druckbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Die alten Minister sind gegangen, die neuen ernannt. Über die angekündigte Parlamentskonferenz der Regierung ist bisher noch nicht erfolgt. Dennoch steht sie außer Zweifel und wird nicht lange auf sich warten lassen. Man will nur vorher die Bestimmung, daß Minister ihre Abgeordnetenmandate beibehalten können, im Parlament durchbringen, und gedenkt die Beratung dieser Vorlage möglichst zu beschließen. Unmittelbar nachher dürften die Neuerungen herauskommen, und zwar gelten noch wie vor der Abgeordneten-Klausche und Gründorf für sicher als Minister des Verkehrs und der Arbeit. Außerdem werden ebenfalls wie bisher genannt: der Nationalliberale Dr. Jöpke als Unterrichtsminister (neben dem Kultusminister) und der Fortschrittskandidat für das neu zu bildende Ministerium für Handel und Industrie.

Eine Juschrist Dr. Jöpkes

Dresden, 27. Oktober.

Landtagswahl. Dr. Jöpke schreibt uns: Die „Dresdner Nachrichten“ beschäftigen sich mit meiner Kandidatur für einen Ministerposten in Sachsen und schreiben mir ein Motiv unter, das das „Leipziger Tageblatt“ bereits freundlich zurückgewiesen hat. Obwohl ich im allgemeinen ableine, öffentlich meine Entschlüsse zu begründen, möchte ich es doch in diesem Falle tun. Gewiß hat mich, als mein Name genannt wurde, die Frage beobachtigt, ob ich als Hausvater meines bürgerlichen Beutes aufgeben dürfe. Das wird wohl in solchem Falle die Pflicht eines jeden Mannes sein, der im freien Vertrage steht. Auch die Tatsache hat ich abzuwenden, daß ich im bürgerlichen Leben größere und wichtigere Interessen zu vertreten habe als mancher andere. Das ist aber nicht der Grund, warum ich es gerne sehe, wenn meine Kandidatur in den Hintergrund tritt. Ich habe vielleicht einen andern, und zwar den: Ich vertrete von vornherein die Ansicht, daß bei der neuen Gestalt der Dinge, wenn wirklich eine Regierung des öffenlichen Vertrauens geschaffen werden soll, die Zweite Kammer die Minister zu stellen hätte. Dabei war nebensächlich, ob diese aus der Zweiten Kammer oder anderswo hergenommen werden. Mindestens aber der Ministerpräsident muß meiner Ansicht nach der Zweiten Kammer entnommen werden. Die Mehrheitsparteien haben sich meiner Ansicht nicht angelassen. Ich hab kommen, was heute eingetragen ist, daß wir ein Beamtenministerium bekommen mit einzigen Konzessionen an das Parlament. Das widerstreift meinen Absichten. Ich wollte mich aber nicht vollauf versagen. Infolgedessen erklärte ich mich bereit, für meine Fraktion einzutreten, wenn sie den Unterrichtsminister stellen wollte.

Die „Staatszeitung“ schreibt zu den Veränderungen im Ministerium: „Neben dem König sich bisher entschieden hatte, eine engere Verbindung seiner Regierung mit der Volksvertretung herzustellen, hatte der hierfür zuständige Minister des Innern ein Programm eingebracht, das die Zustimmung des Königs fand. Um dem König auch in praktischer Beziehung alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, hatte der Staatsminister ihr Amt zur Verfügung gestellt. Nochmals nun im Laufe der Vergangenheit Staatsminister Dr. Beck und von Sydow ist dem von Minister des Innern ausgeschriebenen Programm nicht abgenehmbar angeschlossen verachtet und auf ihrer Entlassung bestanden, hatte der Staatsminister Graf Witzleben von Schröder vom König den Auftrag erhalten, wegen der weiteren Verstärkung des Programms und der persönlichen Zusammenhang der Regierung mit der Volksvertretung Führung zu nehmen. Hierbei schien es geboten, zunächst die Wünsche der Mehrheitsparteien kennen zu lernen. Die mit diesen Parteien geführten Verhandlungen führten nach vollauf längst ihrer Zeit zu einer nahezu völligen Einigung über das ganze Programm und über die Beziehung der Regierung. Insbesondere sollte in jeder Beziehung das Wahlrecht für die Zweite Kammer auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht mit der Verhältniswahl entschieden, bei der Reform der Zweiten Kammer aber gewissem Wünschen der Landtagswähler Rechnung getragen werden. Für die Zusammenhang der Regierung wurde der Generalstab erkannt, daß die einzelnen Ministerien an sich auch durch Mitglieder des Parlaments bestellt werden könnten, daß aber hierzu jenseit abgesehen werden sollte, um die verschiedenen Ministerien aus von völlig eingeschlossenen Kräften verhindern zu lassen. Hierbei kam der Wille Sr. Majestät des Königs zum Ausdruck, auch als Gedächtnis dar, daß solche Minister zu bestehen, gegen deren Ernennung der Mehrheit des Parlaments kein ausdrücklicher Widerstand erhoben wurde. Nochmals hierüber in der Verpflichtung vom 24. d. M. allenholzen Einschluß erzielt und die weitere Verstärkung über die geschäftliche Verfassung unter den Geistlichen Reform-Ministerien einer von Sr. Majestät zu berendenden Staatsrat voraussehen worden war, erklärte die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Sitzung vom 25. d. M., daß ihre Fraktion und der Vorsitz der Partei den Eintritt in eine Regierung, der der Oberststaatssekretär Graf Witzleben angehört, ablehnen mögen. In diesem Falle als Vorwände die endgültige Willkür der Mehrheitsparteien. Der Staatsminister Graf Witzleben hat Sr. Majestät dem König darauf empfohlen, den ergreifenden Antrag nicht an seiner Person scheitern zu lassen, und gebeten, ihn aus allen seinen Wlementen zu entlassen. Sr. Majestät der König bei dieser Bitte in Gnaden entsprochen, dem Minister Grafen Witzleben unter dem Ausdruck des Dancks für die ihm und dem Staate geleisteten Dienste die Rauhkrone verliehen und den Staatsminister Dr. Heinrich unter Aussicht in die Stellung des Justizministers gleichzeitig zum Minister des Innern und zum vorherrschenden Staatsminister ernannt.

Universität Berlin Dr. med. Gustav Broesike ist der Professorstit verliehen worden. — Der Geheimer Hofrat Prof. Dr. phil. h. c. Otto von Günther in Stuttgart, seit 1904 gefäßfördernder Vorstand des Schwäbischen Schülerturms und Vorstand des Schülermuseums in Marbach a. N., begiebt am 20. Oktober den 80. Geburtstag. — Den Hochstift hat Professor Dr. jur. Hugo Kollmann, Privatdozent für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Kiel. Leutnant d. R. und Kompaniehaupt.

Vorarbeiten zu einer hellischen Storm-Ausgabe. In der letzten Sitzung der Phil.-Klass. Klasse der Königl. Ges. Gesellschaft der Wissenschaften legte Prof. Köster eine Arbeit vor, bestellte: „Prolegomena zu einer Ausgabe der Werke Theodor Storms“, die unter Benutzung alles liegend erreichbaren Handschriftenmaterials und unter Herausziehung auch des bisher nicht veröffentlichten Briefwechsels in ihrem ersten Teil einen Überblick über die von dem Verfasser belogenen Methoden und Prinzipien der meist recht schwierigen Textgestaltung enthaltet, während der zweite Teil die einen höchst interessanten Einblick in das Werden des Dichters bleibende Entwicklung des Stormischen Stiles darstellt.

Die Neubauersche Chronik. In der bayerischen Akademie der Wissenschaften berichtete Prof. Dr. von Amira (München) über die Neuauflage der Chronik. Im Bericht von Dr. Redlin in Münzen befindet sich ein bisher unbekanntes Manuskript mit chronikalischen Aufzeichnungen vornehmlich aus den Geschichts-Rüttbergs, das nicht sowohl wegen seines nicht sehr wunderlichen Textes als auch wegen seiner 467 in Wasserfarben ausgeführten Illustrationen die Aufmerksamkeit des Kunsthistorikers verdient. Das Werk ist im Jahre 1810 zuvor aufdringlich geblieben, nachher aber noch bis 1816 fortgeführt worden. Auf dem Titelblatt nennt sich ein Wolff Rembauer der Jüngere, der in jener Zeit als Schankwirt nachweisbar und 1821 gestorben ist. In ihm haben wir nicht bloß den ersten Eigentümer der Chronik, sondern, wie der Vorarbeiter wahrscheinlich macht, auch ihren Verfasser, Schreiber und Illustrator zu erkennen.

Bernhard Shaw gegen den Film. In einem Briefe, den die „Daily News“ veröffentlicht, äußert Shaw in scherhaftem Weise seine Meinung. Keines meiner Stücke darf jemals verfilmt werden. Der Film ist ein tödes Drama aufzufinden und möglicherweise von Recht wegen nur auf die beiden folgenden Stücke angewandt werden. Die übrigen bleibt haben. Die nächsten aber sind unerträglich.

Zur Neuordnung in Sachsen

Die neuen Minister

Wiederum soll vor da etwas Seine Kette der politischen Wissensküste verhindern. Dr. Heinze wurde 1865 in Oldenburg geboren, studierte in Lüdingen, Heidelberg, Leipzig und Berlin und begann 1888 als Referendar die richterliche Laufbahn. 1906 gehörte er dem Dresdner Stadtrat als unbedeutetes Mitglied an. 1912 wurde er Hilfsarbeiter beim Reichsgericht und 1914 zum Reichsgerichtsrat ernannt. Am 22. Juli 1916 war er als Untersuchungsleiter des Justizministeriums in türkische Dienste getreten und wurde am 1. Juli 1918 Justizminister. Dr. Heinze, der eine glänzende juristische Laufbahn hinter sich hat, wurde bereits unmittelbar nach dem Tode Dr. Nagels als aussichtsreicher Kandidat für den Justizministerposten genannt und geküngt verhältnismäßig früh auf den höchsten Posten der Rechtspleide in unserem Lande.

Bezeichnend war die Ernennung von Dr. Heinze vor allem desgegenüber, weil mit ihm zum ersten Male wieder ein Jurist von ausgewählten politischer Erfahrung, und zwar liberaler Richtung, in das Ministerium einzog. Dr. Heinze hat nicht nur als Jurist, sondern auch als Politiker bereits eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben Sachsen gespielt. Schon als Dresdens Stadtverordneter und später als Stadtrat, besonders aber als Landgerichtsrat in Dresden gehörte er zu den stehenden Männern im Nationalsozialistischen Reichswahlkreis zu Dresden und wurde darum auch im Jahre 1930/31 mit vollerer Unmöglichkeit als Kandidat der Nationalsozialisten zur Reichstagswahl aufgestellt. Es gelang ihm in der Südwahlkreis, das Mandat für den Wahlkreis Dresden-Althof vom Sozialdemokraten Dr. Graeser abzutreten, denn er ist über 1912 wieder überlassen wurde.

Bei Ausbruch des Krieges war Dr. Heinze als Hauptmann der Landwehr eingezogen und war nach der Einnahme von Warschau dort in der Frontalangriff tätig. Die Beleidigungen Dr. Heinzes zu Leipzig sind mannigfachster Natur. Sein Vater war hier Professor der Philosophie. Ein Bruder von ihm ist noch jetzt an der Universität in Leipzig Lehrer für klassische Philologie.

Alfred v. Wolff-Wallwitz wurde am 21. Dezember 1870 in Dresden als Sohn des späteren langjährigen sächsischen Gesandten in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Melchior-Fürstenschule studierte er in Reutlingen und Leipzig Jurisprudenz, worauf er den gewöhnlichen Vorlesungslehrer eines sächsischen Verwaltungsbeamten in Dresden, Freiberg, Berlin, Annaberg und Dausen durchmachte. Nach 1900/01 mit vollerer Unmöglichkeit als Kandidat der Nationalsozialisten zur Reichstagswahl aufgestellt. Es gelang ihm in der Südwahlkreis, das Mandat für den Wahlkreis Dresden-Althof vom Sozialdemokraten Dr. Graeser abzutreten, denn er ist über 1912 wieder überlassen wurde.

Wolff v. Wolff-Wallwitz wurde am 21. Dezember 1870 in Dresden als Sohn des späteren langjährigen sächsischen Gesandten in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Melchior-Fürstenschule studierte er in Reutlingen und Leipzig Jurisprudenz, worauf er den gewöhnlichen Vorlesungslehrer eines sächsischen Verwaltungsbeamten in Dresden, Freiberg, Berlin, Annaberg und Dausen durchmachte. Nach 1900/01 mit vollerer Unmöglichkeit als Kandidat der Nationalsozialisten zur Reichstagswahl aufgestellt. Es gelang ihm in der Südwahlkreis, das Mandat für den Wahlkreis Dresden-Althof vom Sozialdemokraten Dr. Graeser abzutreten, denn er ist über 1912 wieder überlassen wurde.

Finanzminister Dr. Max Schröder wurde am 4. Oktober 1854 in Röbel geboren, besuchte dort die höhere Volksschule und dann die Präparandie und Landeskunde zu Meißen. Danach begab er von 1879—1883 die Leipziger und Berliner Universität zum Studium der Rechte, legte im Jahre 1888 nach einem vierjährigen Vorberichtsstudium in Leipzig das 2. juristische Examen ab und wurde Rechtsanwalt in Zwickau und Chemnitz. Am 21. Oktober 1888 erfolgte seine Wahl zum Bürgermeister von Freiberg, am 31. Dezember 1898 seine Wahl dort selbst auf Lebenszeit. Am 2. August 1899 wurde er zum Bürgermeister von Plauen gewählt und am 16. Oktober 1900 in dieses Amt eingeweiht. Ende Juli 1902 wurde er nach Dresden berufen und übernahm als Ministerialdirektor die erste Abteilung im Finanzministerium. Nach dem Rücktritt Dr. von Ritter am 1. Dezember 1910 wurde er zum Reichlichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz ernannt.

Dr. jur. Walther Graes, der neuerwählte Minister bei Innern, ist am 18. Mai 1870 in Chemnitz geboren, besuchte dort das Reg. Gymnasium und studierte in Lauingen, Leipzig und Dresden. Er kam als Referendar nach Chemnitz und Altenburg, war dann an der Polizeidirektion in Leipzig tätig und ging 1897 nach Dresden, wo er zunächst Rechtsanwalt und bald darauf Stadtschreiber wurde. Im Jahre 1900 erfolgte seine Wahl dort selbst auf Lebenszeit. Am 2. August 1899 wurde er zum Gründen- und Hypothekenamt der Stadt Dresden, ein vorbildliches Unternehmen, das sich unter seiner Leitung und darüber hinaus bis heute glänzend bewährt hat. Beachtenswert ist, daß es damals das erste kommunale Kreditinstitut für Grundstücke war. 1906 wurde Dr. Graes Dresden Stadtrat und 1910 nach dem Rücktritt des Bürgermeisters Leopold das Finanzamt der Stadt Dresden, das von besonderer Bedeutung war, weil damals zufolge Reichsgesetz der Wegfall von 2 Millionen Mark städtischer Einkommensabgaben bevorstand, für die Graes geschäftig verhandelt. 1909 erfolgte seine Berufung in das Ministerium des Innern mit dem besonderen Auftrag, ein neues Gemeindebesteuerung zu bearbeiten. Zu Beginn des nächsten Jahres wurde er bereits zum Vortragenden Rat ernannt. Inzwischen hatte er das Gemeindebesteuerung im Landtag zu vertreten. Graes war er gleichzeitig Referent für Gemeindegesetze.

Der im März neu geschaffene Ministerialabteilung II B für Kriegserziehungnahmen stand der damalige Oberst Regt. Adolf von Anfang an vor. Er bezeichnete dieses wichtige Arbeitsgebiet so, daß zunächst Bedenken bestanden, hier einen Wechsel einzutreten, um durch das Einscheiden des Ministerialdirektors Obr. Regt. Dr. Rumpf die 2. Ministerialabteilung, die die politischen Angelegenheiten bearbeitete, neubesetzt werden müsse. Wenn frohjem Dr. Graes am 9. Dezember 1916 als Ministerialdirektor an die Spitze dieser Abteilung gestellt wurde, so muß dies als eine besonders bemerkenswerte Anerkennung seiner Fähigkeiten angesehen werden. Im Landtag ist Dr. Graes mehrfach als Regierungskommissar hervorgetreten.

Vorbehaltlich hat er sich auch literarisch hältig. Hervorgehoben seien die Abstellen über Kapitalanlage in Hypotheken, eine Darstellung der kommunalen Bank- und Anteilepolitik und insbesondere der zweibändig Kommentar zum Gemeindebesteuerung. Außerdem ist Dr. Graes seit einigen Jahren Sekretär der Kunsthakademie und Staatskommissar am Reg. Konzertoratorium Dresden.

* Der Bund der Deutschen in Niederösterreich hält in den nächsten 8 Tagen in allen größeren Ortschaften des Kronlands Massenversammlungen ab, die sich mit der Not des deutschen Volkes in Österreich sowie mit dem Abschluß von das Deutsche Reich befaßten werden. In diesen Versammlungen soll auch die Forderung nach Angliederung der westungarischen Komitate an Deutsch-O